

**März 2014**

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

# ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung .....	2
Krim-Krise: Mehrheit glaubt an friedliche Lösung und Abwendbarkeit einer Spaltung der Ukraine.....	3
Krisenvermittler: Merkel und Steinmeier wird mehr vertraut als Ban Ki Moon und Obama.....	5
Europäische Union und Bundesregierung sollten Ukraine finanziell und wirtschaftlich beistehen – aber nicht militärisch.....	6
Deutliches Misstrauen gegenüber Russland und Putin.....	8
Umgang mit Russland: Politischer Druck, aber keine Isolierung.....	10
Deutliche Vorbehalte gegenüber EU-Mitgliedschaft der Ukraine.....	11
Europawahl: Abschaffung der Mandatsschwelle überzeugt Mehrheit nicht	12
Knappe Mehrheit für Martin Schulz als Präsident der EU-Kommission.....	13
Sonntagsfrage Europawahl: Union vergrößert Vorsprung .....	14
Sonntagsfrage Bundestagswahl: Union klar stärkste Kraft .....	16
Nur knapp jeder Zweite zufrieden mit der Großen Koalition .....	18
Politikerzufriedenheit: Außenminister Frank-Walter Steinmeier behauptet Spitzenposition .....	20

## ARD – DeutschlandTREND März 2014

Umfrage zur politischen Stimmung  
im Auftrag der ARD-Tagesthemen und DIE WELT

### Untersuchungsanlage

---

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)
WDR-Autor	Jörg Schönenborn: 0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.003 Befragte Sonntagsfrage: 1.515 Befragte
Erhebungszeitraum	04. bis 05. März 2014 Sonntagsfrage: 04. bis 05. März 2014
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut: Ihre Ansprechpartner:	infratest dimap Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

## Zusammenfassung

Seit dem Wochenende schaut die Weltöffentlichkeit mit großer Sorge auf den eskalierenden Konflikt zwischen der Ukraine und Russland. Ungeachtet der angespannten Situation auf der Krim halten zwei Drittel der Deutschen weiterhin eine friedliche Lösung des Konflikts für möglich. Bei der Lösung des Konfliktes zwischen der Ukraine und Russland richten sich die Erwartungen in erster Linie auf Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier. Etwa zwei Drittel der Deutschen trauen Merkel und Steinmeier zu, einen wichtigen Beitrag zur Konfliktlösung zu leisten. Deutlich skeptischer sind die Deutschen hinsichtlich eines Krisenvermittlers Obama.

58 Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, dass die Europäische Union und die Bundesregierung die Ukraine in der Auseinandersetzung mit Russland grundsätzlich unterstützen sollten. Knapp vier von zehn raten hingegen davon ab, sich in den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland einzumischen. Beim Beistand für die Ukraine denken die Deutschen vor allem an wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen. Eine militärische Unterstützung schließen die Deutschen dagegen mit großer Mehrheit aus. Im Umgang mit Russland plädieren 62 Prozent der Deutschen für größeren politischen Druck des Westens auf Russland. Wirtschaftssanktionen als Druckmittel werden jedoch mehrheitlich kritisch gesehen (38:57 Prozent). Noch weniger Anklang finden Überlegungen, Russland wegen der aktuellen Krise aus der Gruppe der G8-Staaten auszuschließen (19 Prozent) oder die politischen Beziehungen zu Russland sogar vollständig aufzugeben (7 Prozent).

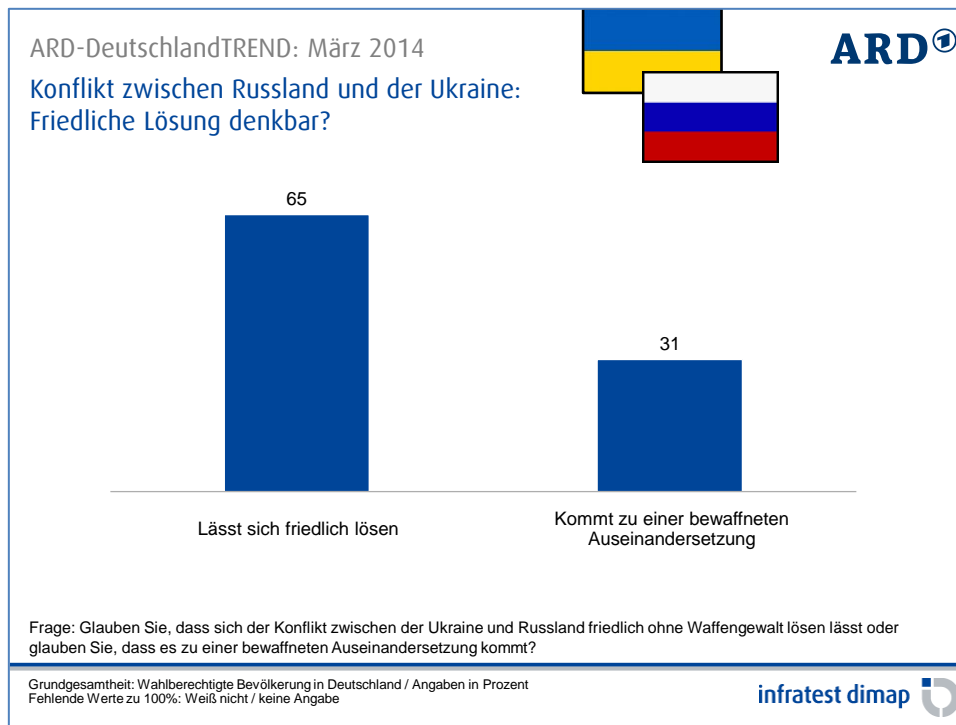
Bei der Europawahl am 25. Mai wird die Vergabe der deutschen EP-Sitze erstmals nicht an das Überspringen einer Mandatsschwelle gekoppelt sein. Die Aufhebung der Sperrklausel durch das Bundesverfassungsgericht findet bei jedem dritten Bundesbürger Anklang. Zwei Drittel aber fänden es besser, wenn es bei Europawahlen auch weiterhin eine Hürde für die kleineren Parteien gäbe. Könnten die Deutschen den Kommissionspräsidenten direkt bestimmen und zwischen den beiden Kandidaten der Sozialdemokraten und der EVP wählen, würden 35 Prozent für Martin Schulz votieren, 30 Prozent würden Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsidenten vorziehen.

Ungeachtet des leichten Vorteils von Martin Schulz im Urteil der Deutschen fällt die **europapolitische Stimmung** weiterhin klar zugunsten der Union aus. Bei einem Urnengang zum jetzigen Zeitpunkt könnte die CDU/CSU 40 Prozent (+2 zu Februar) der Stimmen auf sich vereinen, die SPD hätte 26 Prozent (-3) in Aussicht. Die Grünen könnten mit 11 Prozent (+1) rechnen, die Linken mit 7 Prozent (-1). AfD (5 Prozent; -1) und FDP (4 Prozent; +/-0) würden klar in das Europaparlament einziehen. In der **bundespolitischen Stimmung** würde die Union derzeit 42 Prozent erreichen (+1), die SPD 24 Prozent (-3). Die Grünen könnten 11 Prozent erzielen (+2), dicht gefolgt von der Linken mit 9 Prozent (+/-0). Mit Wähleranteilen von jeweils 4 Prozent (+/-0) blieben Liberale und AfD weiterhin unterhalb der bei Bundestagswahlen gültigen Mandatsschwelle.

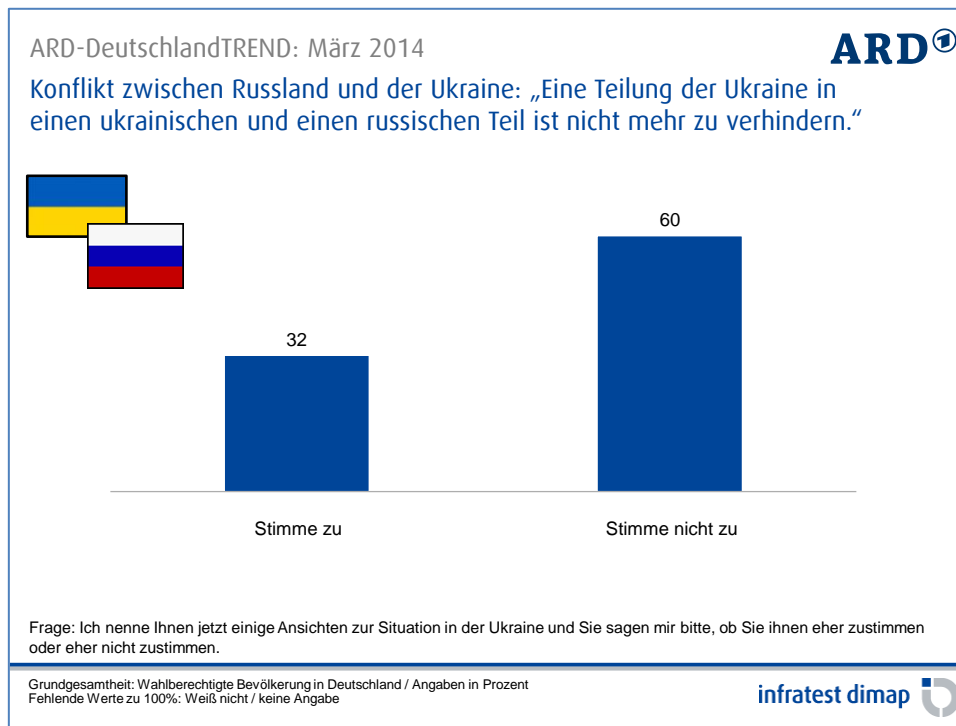
Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND März 2014, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

## Krim-Krise: Mehrheit glaubt an friedliche Lösung und Abwendbarkeit einer Spaltung der Ukraine

Seit dem Wochenende schaut die Weltöffentlichkeit mit großer Sorge auf den eskalierenden Konflikt zwischen der Ukraine und Russland. Ungeachtet der angespannten Situation auf der Krim halten zwei Drittel der Deutschen (65 Prozent) weiterhin eine friedliche Lösung des Konflikts für möglich. Drei von zehn (31 Prozent) rechnen allerdings mit einer bewaffneten Auseinandersetzung vor Ort.

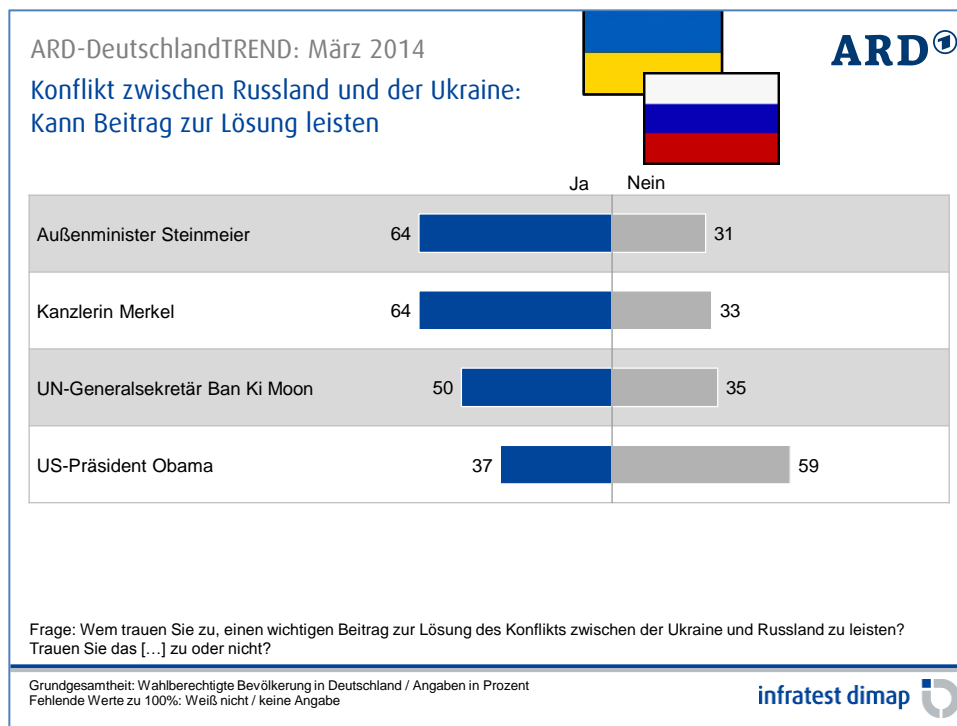


Die Deutschen gehen darüber hinaus mehrheitlich (60 Prozent) davon aus, dass die territoriale Einheit der Ukraine gewahrt werden kann. 32 Prozent befürchten allerdings, dass eine Teilung des Landes in einen ukrainischen und einen russischen Teil bereits nicht mehr zu verhindern ist.



## Krisenvermittler: Merkel und Steinmeier wird mehr vertraut als Ban Ki Moon und Obama

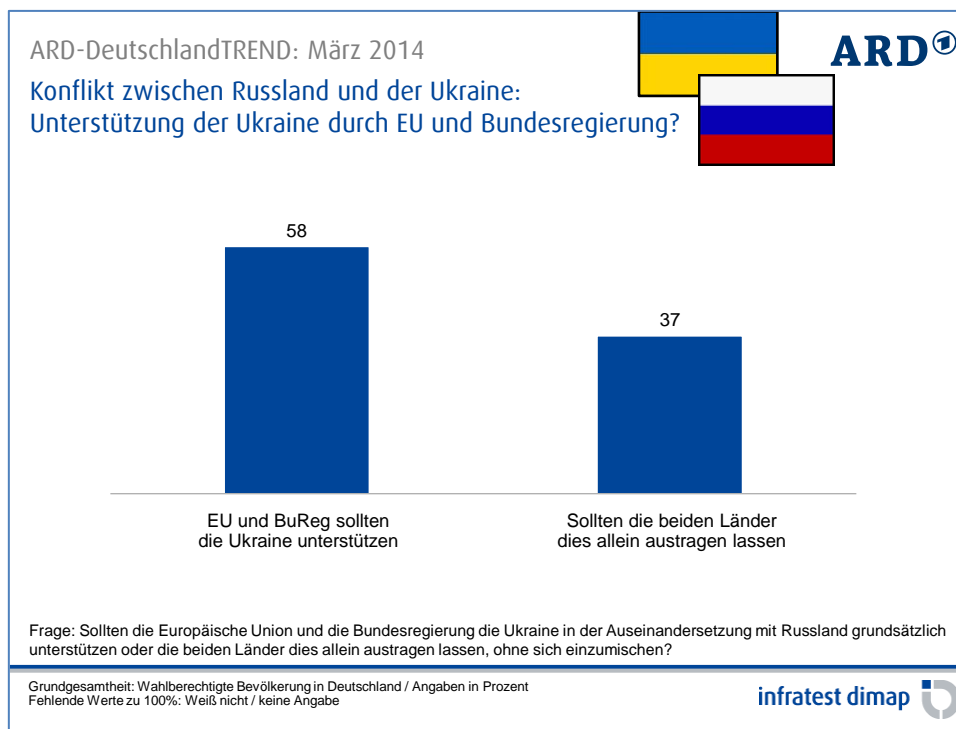
Bei der Lösung des Konfliktes zwischen der Ukraine und Russland richten sich hierzulande die Erwartungen in erster Linie auf Kanzlerin Merkel und Außenminister Steinmeier. Etwa zwei Drittel der Deutschen trauen Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier (jeweils 64 Prozent) zu, einen wichtigen Beitrag zur Konfliktlösung zu leisten. Deutlich skeptischer sind die Deutschen hinsichtlich eines Krisenvermittlers Obama. Nur gut ein Drittel (37 Prozent) traut dem US-Präsidenten einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland zu, 59 Prozent stellen dies in Frage. Eher noch setzen die Deutschen auf den UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, von dem jeder Zweite (50 Prozent) einen relevanten Lösungsbeitrag erwartet.



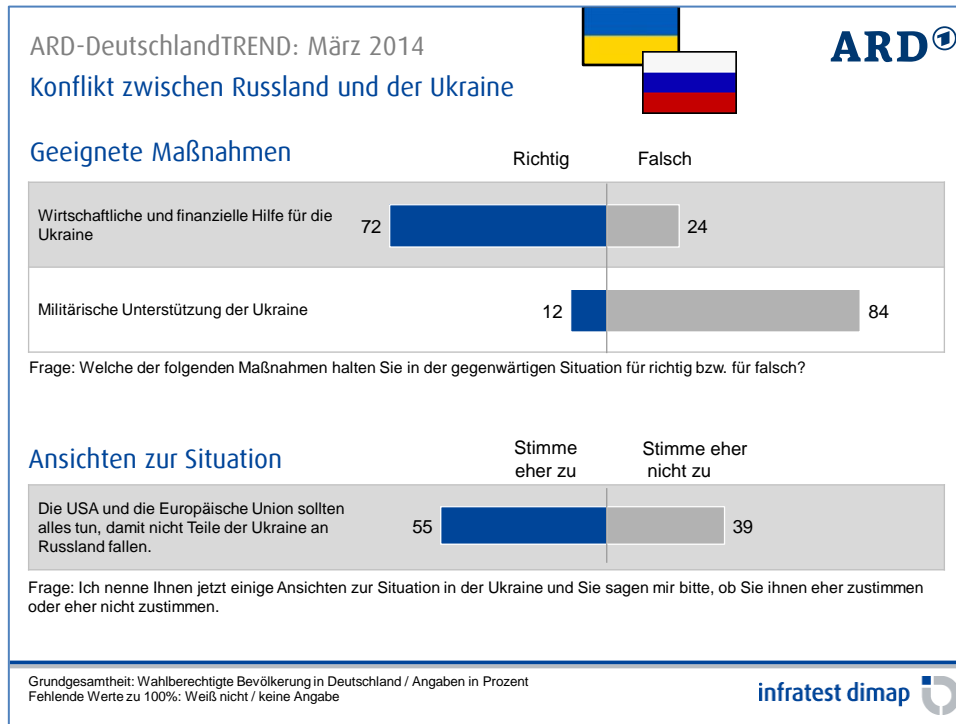


## Europäische Union und Bundesregierung sollten Ukraine finanziell und wirtschaftlich beistehen – aber nicht militärisch

58 Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, dass die Europäische Union und die Bundesregierung die Ukraine in der Auseinandersetzung mit Russland grundsätzlich unterstützen sollten. Knapp vier von zehn (37 Prozent) raten hingegen davon ab, sich in den Konflikt zwischen der Ukraine und Russland einzumischen.



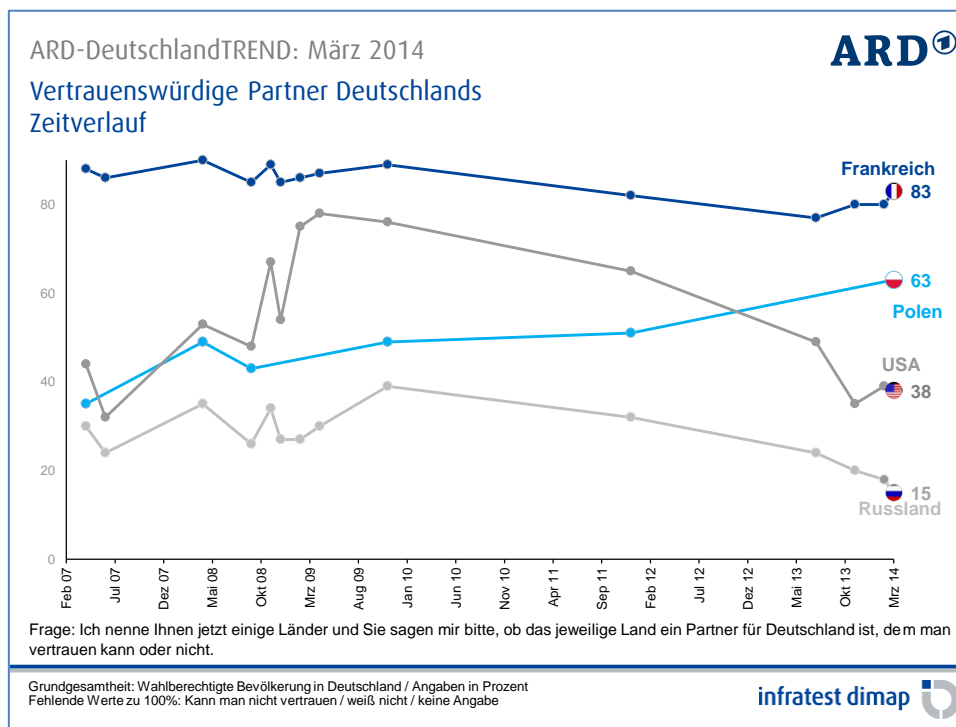
Mehr als der Hälfte der Deutschen (55 Prozent) ist wichtig, dass der Westen alles daran setzt, eine Spaltung der Ukraine zu verhindern. Wiederum vier von zehn (39 Prozent) sind gegenteiliger Meinung.

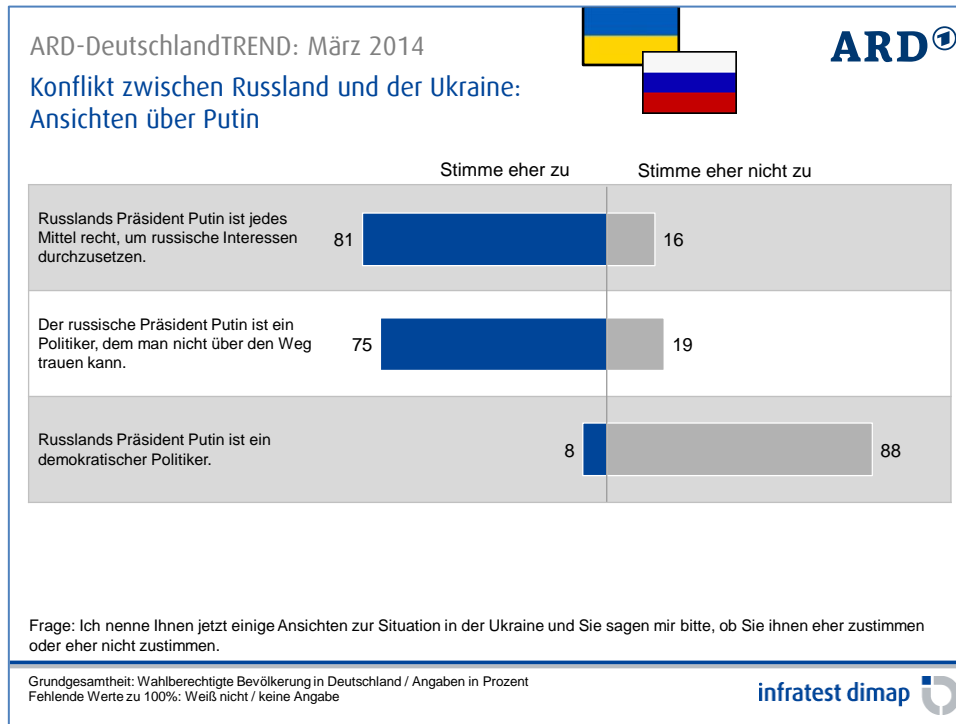


Beim Beistand für die Ukraine denken die Deutschen vor allem an wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen. Knapp drei Viertel (72 Prozent) sprechen sich für entsprechende Hilfen an die Ukraine aus. Eine militärische Unterstützung schließen die Deutschen dagegen mit großer Mehrheit aus (84 Prozent). Nur 12 Prozent halten militärische Hilfen für die Ukraine in der jetzigen Situation für richtig.

## Deutliches Misstrauen gegenüber Russland und Putin

Sollten die Olympischen Winterspiele in Sochi einen positiven Effekt auf die deutsche Wahrnehmung gegenüber Russland gehabt haben, so ist er mit der Krim-Krise verblasst: Nur 15 Prozent der Bundesbürger betrachten Russland aktuell als ein Land, dem man vertrauen kann, nach 18 Prozent vor der Olympiageröffnung vor einem Monat. Damit liegt Russland im aktuellen Urteil der Deutschen deutlich hinter Frankreich (83 Prozent) und Polen (63 Prozent) und – trotz erheblicher, in der NSA-Affäre begründeter Vorbehalte gegenüber den USA – auch hinter den Vereinigten Staaten (38 Prozent).

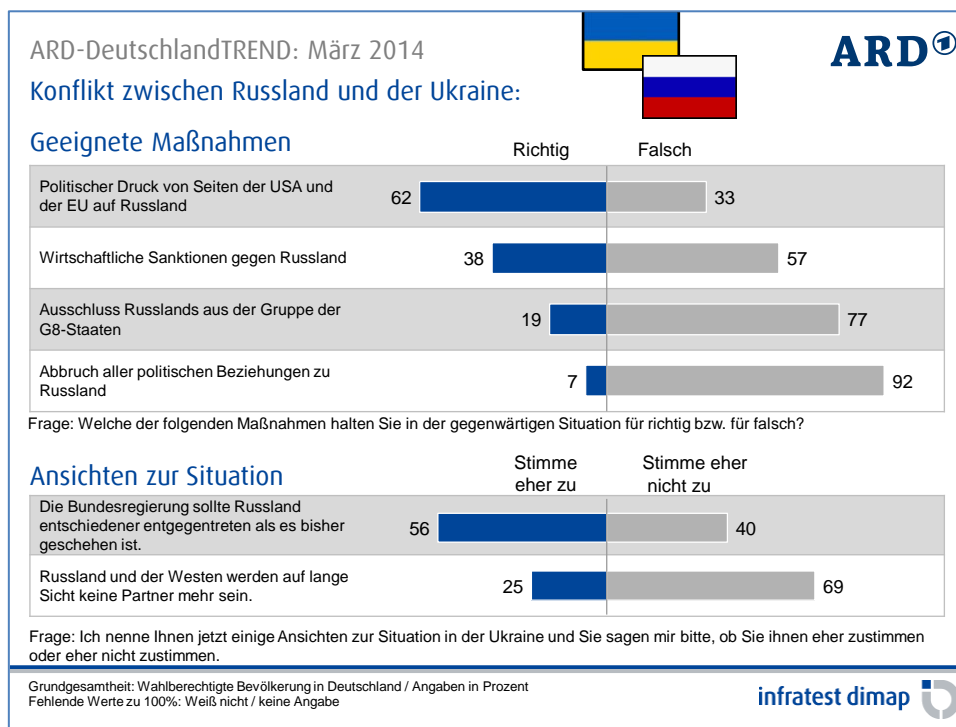




Das ausgeprägte Misstrauen der Deutschen gegenüber Russland geht einher mit einer deutlich negativen Sicht auf die Person des amtierenden russischen Präsidenten. Für drei Viertel der Deutschen (75 Prozent) ist Wladimir Putin ein Politiker, dem man nicht über den Weg trauen kann. Nach Ansicht von acht von zehn (81 Prozent), ist ihm jedes Mittel recht, um russische Interessen durchzusetzen. Neun von zehn (88 Prozent) sehen in ihm keinen Demokraten.

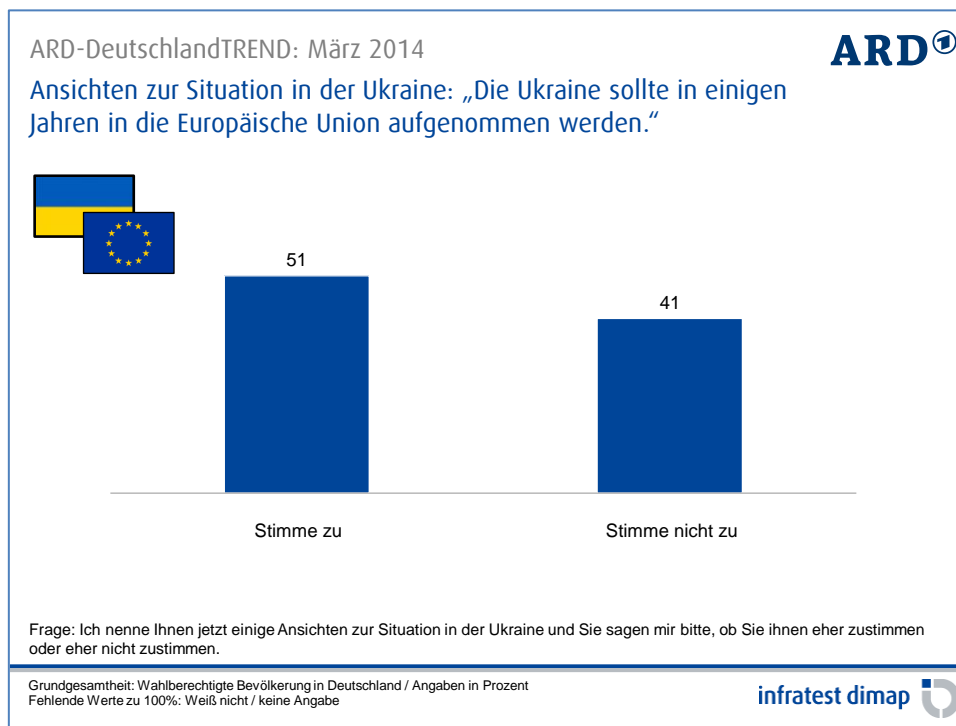
## Umgang mit Russland: Politischer Druck, aber keine Isolierung

Im aktuellen Umgang mit Russland plädieren 62 Prozent der Deutschen für größeren politischen Druck des Westens auf Russland. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) spricht sich dafür aus, dass die Bundesregierung Russland entschiedener als bislang entgegen treten sollte. Allerdings hält eine Mehrheit der Deutschen nichts von Wirtschaftssanktionen (38:57 Prozent). Noch weniger Anklang finden Überlegungen, Russland wegen der aktuellen Krise aus der Gruppe der G8-Staaten auszuschließen (19 Prozent) oder die politischen Beziehungen zu Russland sogar gänzlich aufzugeben (7 Prozent). Hinter der ausgeprägten Abneigung der Deutschen, Russland zu isolieren und Gesprächsfäden zu kappen, schwingt nicht zuletzt die mehrheitliche Hoffnung (69 Prozent) mit, dass der Westen und Russland sich langfristig wieder annähern werden, 25 Prozent erwarten, dass beide Seiten auf längere Sicht keine Partner mehr sein werden.



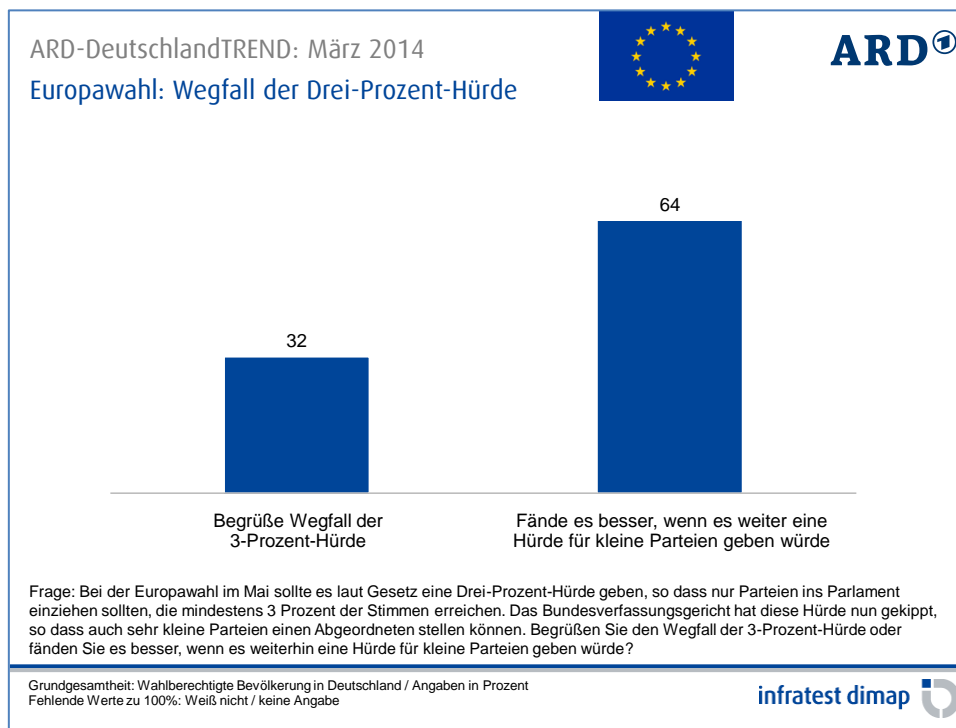
## Deutliche Vorbehalte gegenüber EU-Mitgliedschaft der Ukraine

So eindeutig sich die Deutschen in der aktuellen Situation für wirtschaftliche und finanzielle Hilfen gegenüber der Ukraine aussprechen, in der Frage einer langfristigen EU-Mitgliedschaft der Ukraine äußern sie sich erkennbar zurückhaltender. 51 Prozent sprechen sich dafür aus, die Ukraine in einigen Jahren in die Europäische Union aufzunehmen. 41 Prozent sind dagegen. Zuspruch findet die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft am ehesten bei den Grünen-Anhängern (57 Prozent). In den Reihen von Union (53:38) und SPD (50:43) liegen die Befürworter einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine tendenziell vorn. Bei den Anhängern von Linken (43:52) und AfD (40:52) überwiegen eher die Vorbehalte.



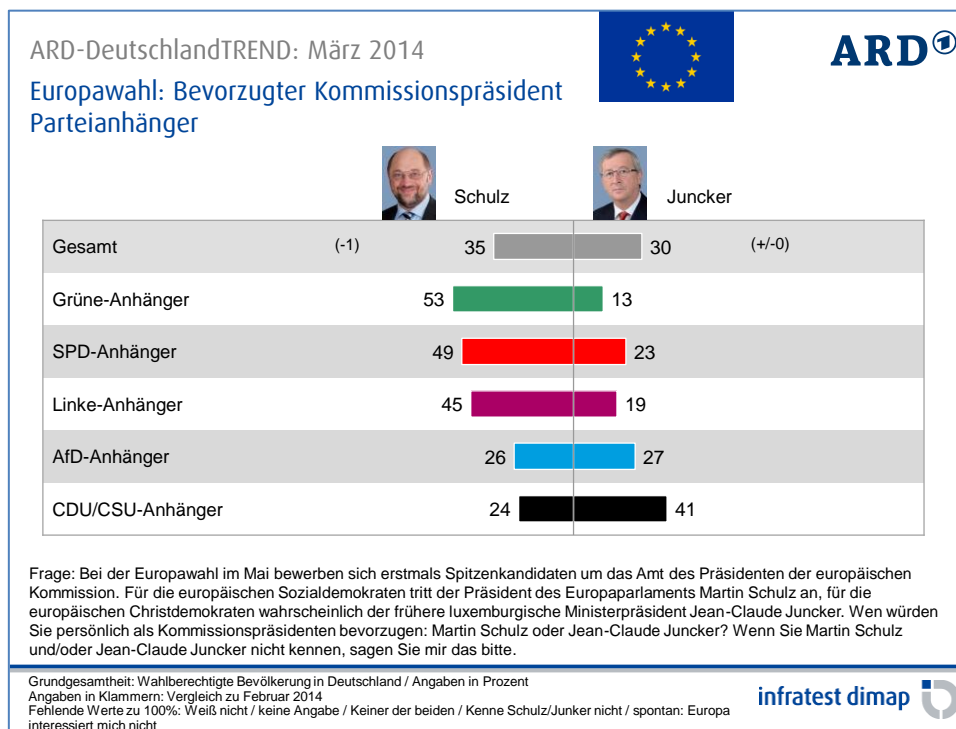
## Europawahl: Abschaffung der Mandatsschwelle überzeugt Mehrheit nicht

Am 25. Mai findet zum achten Mal die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die vom Gesetzgeber festgelegte 3-Prozenthürde verworfen hat, wird die Vergabe der deutschen EU-Sitze erstmals nicht an das Überspringen einer Mandatsschwelle gekoppelt sein. Die Gerichtsentscheidung findet bei jedem dritten Bundesbürger (32 Prozent) Anklang. Zwei Drittel (64 Prozent) aber fänden es besser, wenn es bei Europawahlen auch weiterhin eine Hürde für die kleineren Parteien gäbe. Erwartungsgemäß findet die Aufhebung der Sperrklausel bei den Anhängern der Kleinstparteien mehrheitlich Zuspruch. In den Reihen der Bundestagsparteien überwiegt dagegen die Skepsis.



## Knappe Mehrheit für Martin Schulz als Präsident der EU-Kommission

Eine weitere Neuerung bei der bevorstehenden Europawahl bilden die europäischen Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission. Für die Sozialdemokraten tritt der Präsident des Europaparlaments Martin Schulz an, sein Gegenspieler auf Seiten der bürgerlichen und konservativen Parteien wird voraussichtlich der frühere luxemburgische Regierungschef Jean-Claude Juncker sein. Könnten die Deutschen den Kommissionspräsidenten direkt bestimmen und zwischen diesen beiden Kandidaten wählen, würden ähnlich wie im Februar 35 Prozent für Martin Schulz votieren, 30 Prozent würden Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsidenten vorziehen. Knapp ein Zehntel mag sich für keinen der beiden Kandidaten entscheiden. Jeder Fünfte kennt einen oder beide Politiker nicht.

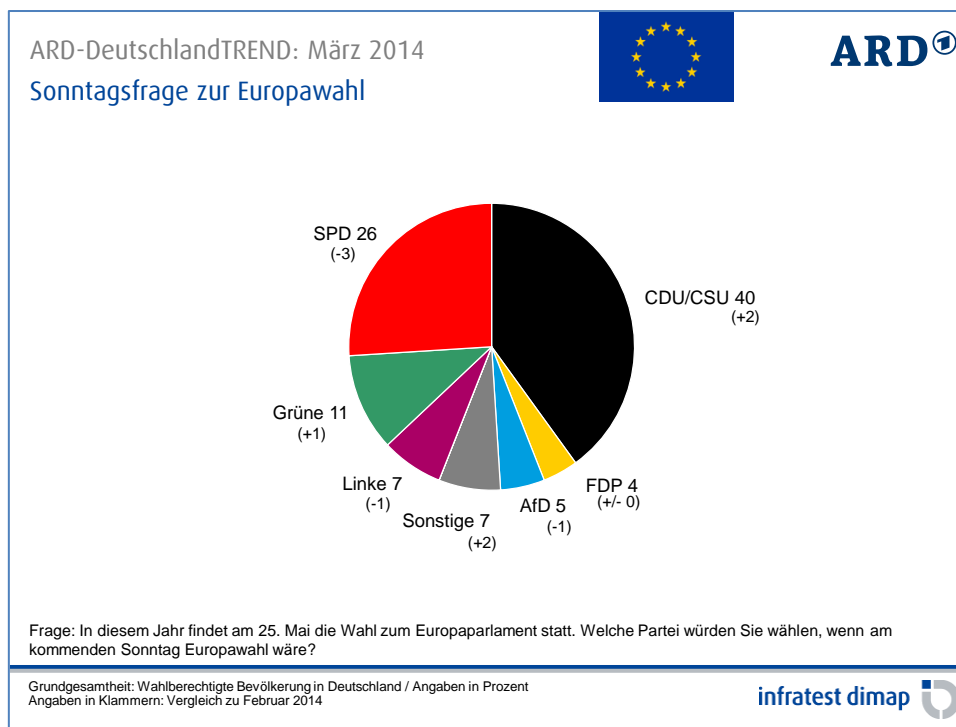


Deutliche Mehrheiten kann Martin Schulz bei den Anhängern der Grünen, der SPD und der Linken verbuchen, während im Lager der Unionsparteien Jean-Claude Juncker größeren Rückhalt genießt. Parteipolitische Grundorientierungen spielen mithin auch auf der europäischen Ebene eine ausschlaggebende Rolle.



## Sonntagsfrage Europawahl: Union vergrößert Vorsprung

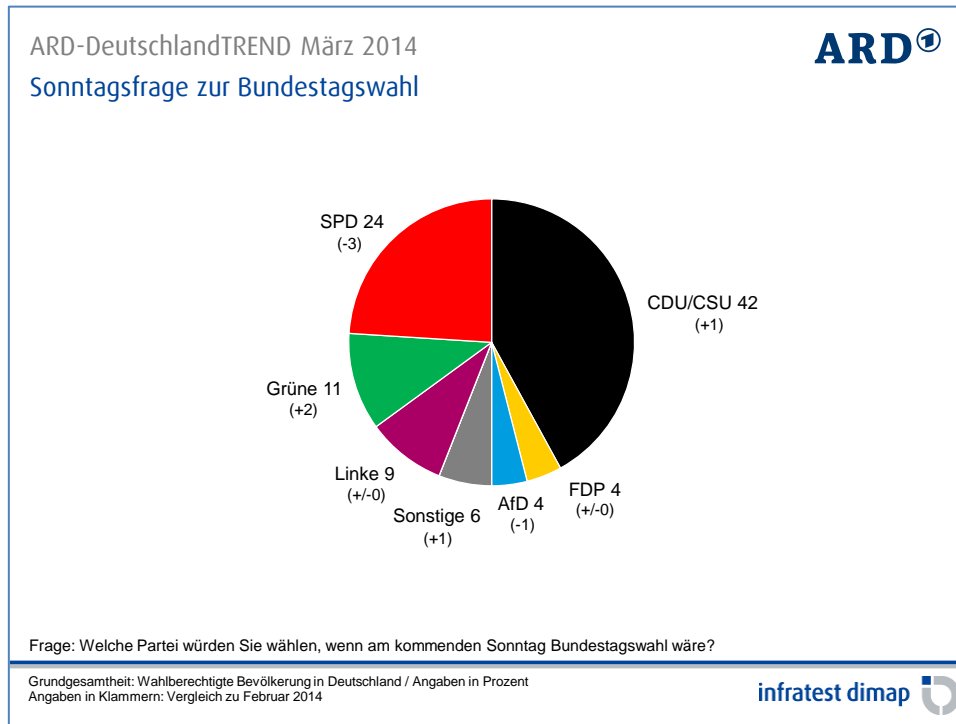
Ungeachtet des fortbestehenden Vorteils von Martin Schulz im Urteil der Deutschen fällt die europapolitische Stimmung weiterhin klar zugunsten der Union aus. Bei einem Urnengang zum jetzigen Zeitpunkt könnte die CDU/CSU 40 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, ein Plus von 2 Punkten gegenüber dem Vormonat. Die SPD verliert gegenüber dem Vormonat 3 Punkte und hätte 26 Prozent Stimmenanteil in Aussicht. Mit einem zweistelligen Ergebnis können die Grünen rechnen (11 Prozent, +1), während die Linke derzeit 7 Prozent (-1) für sich verbuchen kann. Die Alternative für Deutschland (5 Prozent, -1) und die FDP (4 Prozent; +/-0) würden nach derzeitigem Stand klar in das Europaparlament einziehen.



Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 7 Prozent der Wählerstimmen erreichen (+2). Mit der Aufhebung der Sperrklausel für die Europawahl haben Parteien mit einem Stimmenanteil von 1 Prozent oder darunter Chancen auf einen Sitz im Europaparlament. Im DeutschlandTREND werden Parteien unter 3 Prozent nicht ausgewiesen, wenn sie nicht im Parlament vertreten sind. Dies hat im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens ist der Rundungsfehler für kleine Parteien erheblich: Ein Anteil von 0,51 Prozent würde ebenso auf 1 Prozent gerundet wie ein Anteil von 1,49 Prozent. Zweitens gilt für die meisten nicht im Parlament vertretenen Parteien, dass sie üblicherweise erst unmittelbar vor der Wahl die Aufmerksamkeit der Wähler erreichen und mobilisieren können.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

## Sonntagsfrage Bundestagswahl: Union klar stärkste Kraft



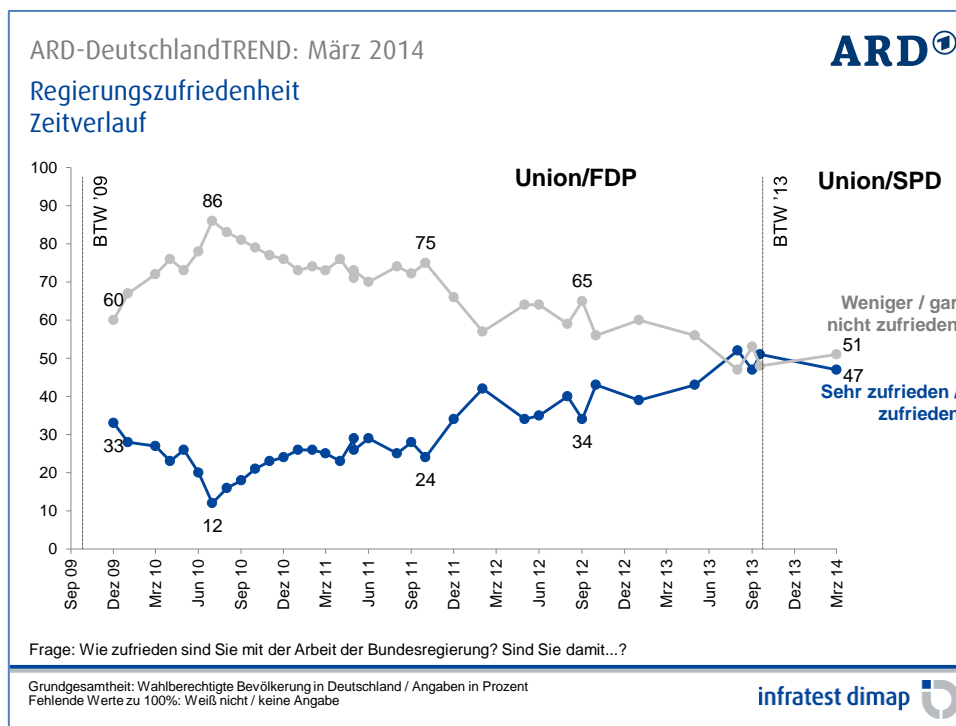
In der bundespolitischen Stimmung würde die Union derzeit 42 Prozent der Wählerstimmen erreichen – ein Plus von 1 Punkt gegenüber Februar. Die SPD könnte einen Stimmenanteil von 24 Prozent (-3) für sich verbuchen. Die Grünen würden 11 Prozent erzielen (+2), dicht gefolgt von der Linken mit 9 Prozent (+/-0). Die FDP vermag weiterhin nur begrenzt von ihrer Neuaufstellung profitieren: Mit einem Wähleranteil von 4 Prozent (+/-0) bleiben die Liberalen weiterhin unterhalb der Mandatsschwelle bei Bundestagswahlen. Auch die Alternative für Deutschland würde mit 4 Prozent (-1) derzeit den Einzug in den Bundestag verpassen. Alle anderen Parteien könnten zusammengenommen 6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

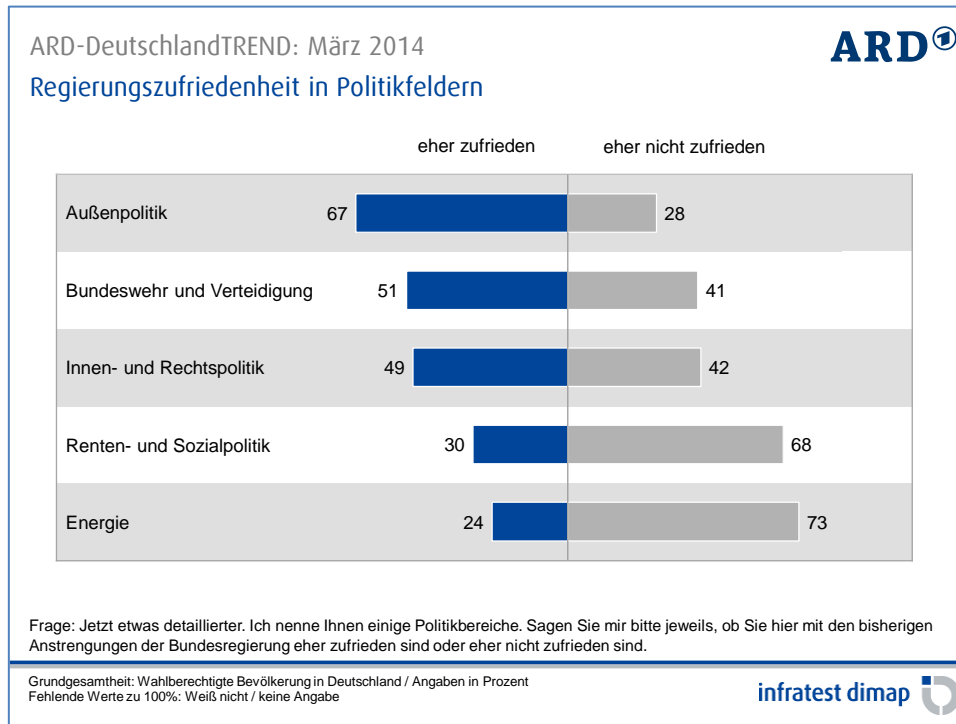


erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

### Nur knapp jeder Zweite zufrieden mit der Großen Koalition

Mit der Arbeit der Großen Koalition zeigen sich 47 Prozent einverstanden, während 51 Prozent den Kurs des Berliner Kabinetts mehr oder minder ablehnen. Die Leistungen der Bundesregierung unter Angela Merkel werden in den Lagern der beiden Regierungsparteien sehr unterschiedlich bewertet. Zwei von drei Anhängern der Unionsparteien (64 Prozent) bewerten sie als zufriedenstellend, lediglich 32 Prozent sind damit nicht einverstanden. In den Reihen der SPD-Anhänger fällt die Bilanz mit 50 Prozent positiven und 49 Prozent skeptischen Urteilen sehr konträr aus. Kaum überraschen wird der Befund, dass die Wähler der Oppositionsparteien mit der Bundesregierung zu weit überwiegenden Teilen kritisch ins Gericht gehen.

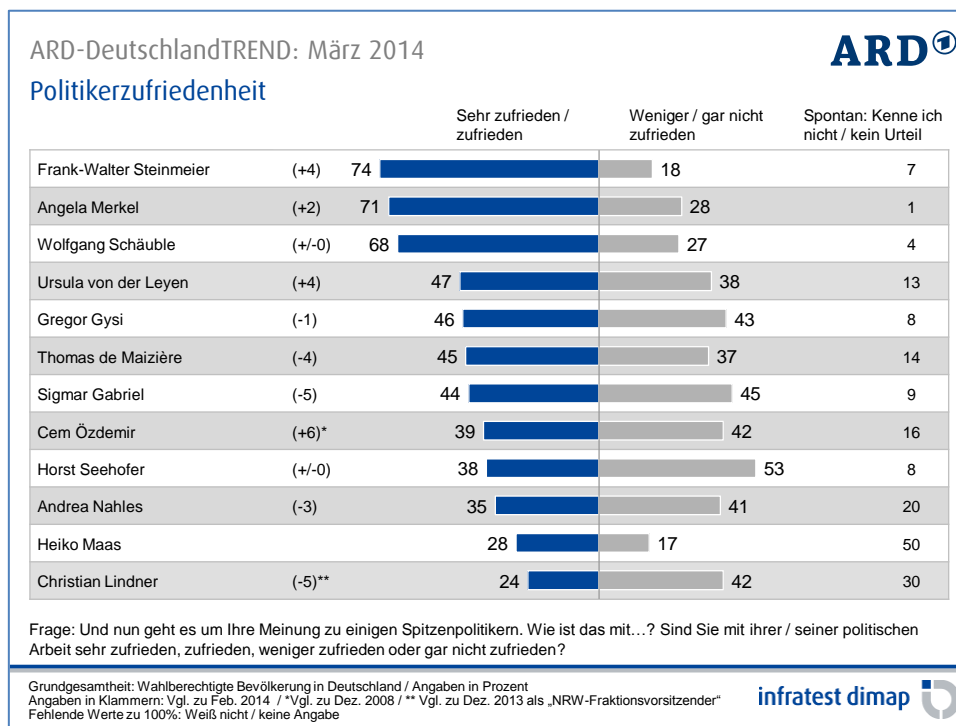




Hinter diesem Gesamtwert stehen sehr differenzierte Urteile zu einzelnen Politikbereichen. Zwei Drittel der Bürger loben den außenpolitischen Kurs der Bundesregierung. Auch die Verteidigungs- sowie Innen- und Rechtspolitik stößt jeweils überwiegend auf Zustimmung. Deutliche Kritik übt die Bevölkerung an der Renten- und Sozialpolitik einerseits, an der Energiepolitik andererseits, für die jeweils die Sozialdemokraten die Ressortverantwortung tragen. Die Leistungen in diesen Bereichen halten 68 bzw. 73 Prozent für unzureichend.

## Politikerzufriedenheit: Außenminister Frank-Walter Steinmeier behauptet Spitzenposition

Drei von vier Bundesbürgern (74 Prozent) zeigen sich mit den Leistungen von Außenminister Frank-Walter Steinmeier zufrieden. Damit führt er, wie schon im Februar, die Liste der beliebtesten Politiker an, und dies mit einem gegenüber dem Vormonat um 4 Punkte verbesserten Wert. Damit konnte der Sozialdemokrat auch seinen bisherigen Spitzenwert vom Dezember 2008 wieder erreichen. Mit einem leichten Plus von 2 Punkten auf nunmehr 71 Prozent rangiert Bundeskanzlerin Angela Merkel wiederum auf Rang 2. Finanzminister Wolfgang Schäuble vermochte seinen bisherigen Zufriedenheitsgrad unverändert zu halten und erzielt mit 68 Prozent wiederum einen Bestwert.



Mit einigem Abstand folgen vier Politiker mit weitgehend ähnlichen Zufriedenheitswerten. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen kann gegenüber Februar einen Zuwachs um 4 Punkte für sich verbuchen und wird nun von 47 Prozent der Bürger für ihre Arbeit gelobt. Ihr folgt der Fraktionsvorsitzende der Linken Gregor Gysi mit 46 Prozent (-1). Deutlichere Einbußen von 4 Punkten musste Innenminister Thomas de Maizière hinnehmen, der damit einen Zufriedenheitswert von 45 Prozent erreicht. Auch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel verliert an Zustimmung, um 5 Punkte, und kommt auf 44 Prozent.

Den Grünen-Politiker Cem Özdemir beurteilen 39 Prozent wohlwollend. Der Parteivorsitzende der Grünen kann sich damit im Vergleich zur letzten Messung im Dezember 2008 um 6 Punkte verbessern. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer

zieht weiterhin überwiegend Kritik auf sich. Gut die Hälfte der Bevölkerung (53 Prozent) zeigt sich mit seinen Leistungen unzufrieden, unverändert 38 Prozent sind mit seinem Kurs einverstanden. Arbeitsministerin Andrea Nahles verlor gegenüber Februar 3 Punkte an Zustimmung; von 35 Prozent wird sie für ihre Arbeit gelobt, 41 Prozent sind damit nicht einverstanden. Justizminister Heiko Maas kann mehr Zufriedenheit als Unmut für sich verbuchen (28:17 Prozent). Jedem zweiten Bundesbürger ist er aber so wenig bekannt, dass er sich kein Urteil über ihn zutraut. Mit der Arbeit des FDP-Parteivorsitzenden Christian Lindner zeigen sich 24 Prozent zufrieden, mit 42 Prozent überwiegen jedoch die kritischen Stimmen.

--

Richard Hilmer  
Reinhard Schlinkert